

Tischvorlage für Sektionsversammlung SP Männedorf vom 1.9.2015

Argumentarium gegen die Privatisierung kommunaler Stadtwerke

Es gibt unzählige Gründe, die gegen die Privatisierung von kommunalen Werken sprechen. Im Folgenden konzentriere ich mich auf die stromspezifische Seite. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass die Stadtwerke in der Regel nicht nur die Stromversorgung sicherstellen sondern auch Dinge wie Wasserversorgung, Kehrrichtentsorgung, Energieversorgung und Netunterhalt.

Es ist wichtig dieses Element in der Diskussion nicht zu vernachlässigen und sich bewusst zu sein, dass alle Argumente für und wider Privatisierung, die sich mit der Stromversorgung befassen, oft nur einen Teil der Problematik beleuchten.

Ausgangslage

Der Strommarkt in der Schweiz befindet sich in einem umfassenden Umbruch. Dahinter stehen zentral zwei Prozesse. Zum einen die Liberalisierung des Strommarktes, die im Augenblick sehr stark an die Verhandlungen mit der EU gekoppelt ist und zum anderen die Energiewende 2050.

Liberalisierung des Strommarktes:

Die Liberalisierung des Strommarktes ist kein neuer Prozess. Bereits 2002 wurde bei der Abstimmung zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ein erstes Mal darüber abgestimmt. Der VPOD hatte als federführende Organisation das Referendum ergriffen und die Bevölkerung hat das EMG abgelehnt.

2008 wurde dann mit dem Stromversorgungsgesetz eine 1. Liberalisierungsetappe beschlossen (freie Wahl des Stromlieferanten für Verbraucher über 100'000 kWh/pro Jahr). Die vollständige Liberalisierung sollte dann bis 2014 erfolgen (Möglichkeit eines fakultativen Referendums).

Diese 2. Etappe und damit vollständige Liberalisierung ist bis heute nicht erfolgt. Zwar gibt es immer wieder neue Zeitpläne aus dem Departement Leuthard (aktuell ist es 1.1.2018), einen klaren Fahrplan gibt es aber bisher nicht. Entsprechend ist auch unklar, ob allenfalls das Referendum gegen die vollständige Liberalisierung ergriffen würde.

Ob die vollständige Liberalisierung kommen wird, hängt auch von den Verhandlungen mit der EU ab, denn die EU fordert einen vollständig liberalisierten Strommarkt. Die CH-Stromwirtschaft sieht aber eigentlich keinen Nutzen in der vollständigen Liberalisierung. Aber möchte natürlich gerne, dass die CH mit der EU ein Stromabkommen abschliesst. Für kleinere Energieversorgungsunternehmen und Kleinkunden muss bei der vollständigen Liberalisierung sogar mit Nachteilen gerechnet werden.

Kurz: Ob und wann die vollständige Liberalisierung des Strommarktes kommt, ist noch völlig unklar.

Energiestrategie 2050:

Die Energiestrategie 2050 ist ein ambitioniertes Projekt des Bundes, das den schrittweisen Atom-Ausstieg und einen deutlichen Umbau der Energieversorgung der Schweiz beinhaltet. Dazu gehören deutliche Steigerung der Energieeffizienz, eine Senkung des Energieverbrauchs und der Ausbau der erneuerbaren Energie. Das Paket wird zurzeit im nationalen Parlament beraten. Dieses Paket wird die Energiebranche der Schweiz nachhaltig verändern. Es geht um die Zukunft der Energieversorgung der Schweiz.

Egal in welcher Form das Paket schlussendlich verabschiedet wird, der Einfluss auf die Strombranche wird nachhaltig sein.

Die wichtigsten Argumente gegen Auslagerung und Privatisierung

Im Wissen um diese zwei Prozesse bin ich der Überzeugung, dass die Privatisierung eines sehr gut aufgestellten Stadtwerks nicht nur politisch unklug, sondern auch wirtschaftlich ungünstig ist. Aus folgenden Gründen:

- Der Strommarkt befindet sich aktuell in einer sehr unsicheren Situation. Wohin der Weg geht ist unklar. Gleichzeitig soll, der Stromverbrauch gesenkt, die Nuklearenergie abgeschafft und die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Dazu braucht es langfristige Handlungsperspektiven eine solide demokratische Basis, klare politische Bekenntnisse und eine Geschäftsstrategie, die sich an Nachhaltigkeit, Langfristigkeit und einer sicheren Versorgung orientiert.
- In einer solch unsicheren Marktsituation auf möglichst grosse Flexibilität zu setzen ist falsch. Oberstes Ziel bei der Grundversorgung muss sein, eine sichere und nachhaltige Versorgung zu garantieren. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass die Kommune die geschäftlichen Risiken im Endeffekt sowieso tragen muss. Denn Männedorf ohne Strom oder Wasser ist schlicht keine Option. Falscher Marktglaube und Gewinnorientierung sind jetzt nicht gefragt.
- Bei einer Umwandlung in eine AG geraten Erfahrungsgemäss die Anstellungsbedingungen unter Druck. Eine AG muss zwingend gewinnorientiert arbeiten und Personalkosten drücken den Gewinn naturgemäss nach unten. Es kann aber nicht sein, dass Gewinne zu Lasten der Mitarbeitenden erwirtschaftet werden. Zudem gilt es aktuell die Anstellungsbedingungen in der Strombranche nach Kräften zu schützen. Um die kommenden Herausforderungen zu meistern sind wir auf Fachkräfte in der Strombranche angewiesen. Druck auf die Anstellungsbedingungen ist in dieser Situation Gift.
- Zu guter Letzt ist die Renovation der gesamtschweizerischen Energieversorgung ein zentrales und wichtiges politisches Projekt. Damit dieses Projekt gelingen kann, braucht es einen klaren politischen Willen. Der Markt alleine wird diese Herausforderung nicht meistern. Wenn wir jetzt aber unsere Stromversorgung und speziell, die gut funktionierenden und solide aufgestellten EVU (ganz im Gegensatz zu den kriselnden Grossunternehmen AXPO, Alpiq, BKW) der Gewinnmaximierung unterstellen gefährden wir auch unsere Energiezukunft.

Zürich, 1.9.2015

Georg Munz
Gewerkschaftssekretär VPOD Zürich

Kontakt: georg.munz@vpod-zh.ch; Tel. 044 295 30 12